

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Postblatt für Wilsdruff,

Altanneberg, Birkenhain, Blankenstein, Braunsdorf, Burkhardtswalde, Großsch, Grumbach, Grund bei Mohorn, Helbigsdorf, Herzogswalde mit Landberg, Hühndorf, Kausbach, Kesselsdorf, Kleinschönberg, Klipphausen, Lampersdorf, Linsbach, Lützen, Mohorn, Münzig, Neufkirchen, Neutanneberg, Niederwartha, Oberhermsdorf, Pohrsdorf, Röschersdorf bei Wilsdruff, Roitzsch, Rothschönberg mit Berne, Sachsdorf, Schmiedewalde, Sora, Steinbach bei Kesselsdorf, Steinbach b. Mohorn, Seeligstadt, Spechtshausen, Taubenheim, Unterdorf, Weistropf, Wildberg.

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. — Bezugspreis vierteljährlich 1 M. 30 Pf., durch die Post bezogen 1 M. 55 Pf. Inserate werden Montags, Mittwochs und Freitags bis spätestens Mittags 12 Uhr angenommen. — Insertionspreis 10 Pfg. pro viergespaltene Corpusszeile.

Druck und Verlag von Martin Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion Martin Berger daselbst.

No. 133.

Sonnabend, den 10. November 1900.

58. Jahrg.

Es ist die Wahrnehmung zu machen gewesen, daß noch immer vielfach gegen die Bestimmungen des die Schlachtvieh- und Fleischschau betreffenden Gesetzes vom 1. Juni 1898 verstoßen und insbesondere der Vorschriften in § 7 insofern zuwider gehandelt wird, als Viehbefitzer die Verbeizung einer Besichtigung der zu schlachtenden Thiere in lebendem Zustande unterlassen, ohne daß ein Nothfall im Sinne von § 7, Abs. 2 des Gesetzes und von § 11, Abs. 7 der Ausführungsverordnung vom 23. Juli 1899 vorliegt. Es wird deshalb noch einmal darauf hingewiesen, daß Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen des angezogenen Gesetzes, soweit sie nicht unter höhere Straf-

bestimmungen anderer Gesetze fallen, mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder Haft zu ahnden sind und in Zukunft unnachlässig zur Befrafung werden gezogen werden. Sämmtliche Fleischbeschauer aber erhalten hiermit unter Bezugnahme auf die Strafbestimmungen in § 18, Abs. 2 des angezogenen Gesetzes Anweisung, jede Zuwiderhandlung sofort zur Anzeige zu bringen.

Königliche Amtshauptmannschaft Meissen, am 3. November 1900.

J. A.

1351 G.

Dr. von Brescius, Bez.-Ass.

Er.

Der Prozeß Sternberg.

Der vor dem Berliner Landgericht schon seit zwei Wochen im Gange befindliche Prozeß Sternberg hat durch die eigenthümliche Rolle, welche höhere wie niedere Berliner Polizeibeamte in demselben spielen, eine hoch sensationelle Wendung erhalten. Mit welcher Aufmerksamkeit man selbst an den leitenden Regierungsstellen den Verlaufe dieses spannend gewordenen Prozesses folgt, dies beweist u. A. die Bepfehlung, welche der Reichskanzler Graf Bülow in seiner Eigenschaft als preussischer Ministerpräsident lethym mit dem Minister des Innern Freiherrn v. Rheinbaben über den Fall Sternberg gehabt hat, während zugleich die ministerielle „Berliner Correspondenz“ hochförmlich ein unachtsichtiges, disziplinäres Vorgehen gegen alle Beamten, deren Compromittirung durch den Prozeß Sternberg sich als unzweifelhaft herausstellen sollte, ankündigte. In der That erscheinen auch die unerquicklichen Vorgänge, welche dieser Prozeß bereits enthüllt hat, durchaus geeignet, das ernste Interesse der Berliner maßgebenden Kreise hervorzuwecken, zumal in Anbetracht des seltsamen Milieus, von welchem letzterer umgeben ist, da in der Hauptfigurant in diesem gerichtlichen Drama, der reiche Bankier Sternberg, welcher schwerer sittlicher Vergehen angeklagt und wegen eines derselben auch bereits in einer früheren Verhandlung gegen ihn verurtheilt worden ist, und der auch sonst im Lichte eines zweifelhaften Ehrenmannes erscheint. Daneben erscheint ein frühverstorbenes dreizehnjähriges Mädchen auf der Bühne, das früher gegen den Hauptangeflagten ein schwer belastendes Zeugnis abgab, dasselbe aber in der neuen Prozeßverhandlung plötzlich mit größter Hartnäckigkeit widerrufen hat, weiter reihen sich zweideutige Frauen an, und nun treten als fernere Figuren auf der Berliner Polizeidirektor v. Meerscheidt-Düllesden, der jahrelang zu dem anrüchigen Sternberg die freundschaftlichsten Familienbeziehungen gepflogen und von ihm auch wiederholt nicht unbedeutende Summen als Darlehen empfangen hat, dann der Criminalcommissar Thiel und der Criminalschurmann Stierhädter. Der Commissar Thiel wird von seinem direkten Vorgesetzten Stierhädter der schwersten Dienstvergehen und Bestechungsverdächtig beschuldigt, letzterer selbst aber hat nach seinem eigenen Geständnis seine Amtsgewalt zur Erlangung unerlaubter Gunstbezeugungen von Frauen, die er beobachtet und überführen sollte, benutzt. Strict stehen sich dabei die Prozeßausagen beider Beamten gegenüber, einer von beiden muß aber nothwendiger Weise ein Lügner sein!

Dies ist in großen Umrissen das überaus unerfreuliche Gemälde des Prozesses Sternberg, welches dann noch viele nicht minder häßliche Einzelzüge aufweist, und immer wieder nicht dabei die unerquickliche, befremdliche Rolle Berliner Criminalpolizeibeamten hervor. Kein Wunder daher, wenn sich vor Allem die sozialdemokratische Presse dieses „dankbaren“ Stoffes bemächtigt hat und sich eifrig bemüht, aus dem bisherigen Verlaufe des Prozesses Sternberg eine Art Panama für die Berliner Polizeiverwaltung zu konstruieren und hieraus erneut zu beweisen, wie wurmtüchtig und jämmerlich doch die Verhältnisse im Deutschen Reich seien. Indessen ist es schon jetzt kaum zweifelhaft, daß es sich nur um Einzelfälle handelt, wenigstens dieselben tief bedauerlich sind, und daß es eine grenzenlose Uebertreibung ist, von einem angeblichen Niesensumpf der öffentlichen Immoralität, der Beamtenkorruption und Beamtenbestechlichkeit im deutschen Reich, zu reden. Auch hat es sich durch die

Dienstagsverhandlung des Sternberg'schen Prozesses, in welcher Polizeidirektor v. Meerscheidt-Düllesden als Zeuge vernommen wurde, bereits herausgestellt, daß seine Geldgeschäfte mit Sternberg keineswegs so sehr kompromittirender Natur für ihn sind, wie zuerst verlautete, besonders ist da hervorzuheben, daß Herr v. Meerscheidt-Düllesden an Sternberg sofort die geliehenen Beträge zurückzahlte, als dessen gegenwärtige unsaubere Angelegenheit die Oeffentlichkeit zu beschäftigen begann.

Aber wenigleich der Sensationsstern im Prozeß Sternberg noch so sehr zusammenschrumpfen sollte, so würde von ihm doch immerhin manches Bedeutliche für die in dieses Drama verwickelten Polizeibeamten übrig bleiben; man braucht nur auf die auffällige Erscheinung hinzuweisen, daß ein so hochgestellter Beamter, wie Herr v. Meerscheidt-Düllesden, jahrelang überaus intime Beziehungen zu einem Manne unterhalten konnte, dessen Ruf bereits seit Jahren in den gesellschaftlichen wie politischen Kreisen von Berlin ein sehr zweifelhafter war. Derartige eigenthümliche Vorkommnisse wurzeln offenbar in sozial-sittlichen Mißständen unserer Zeit, sie würden sich dennoch selbst durch die denkbar beste Verwaltungsorganisation nicht verhindern lassen. Freilich zeigt indessen doch der bisherige Gang des Prozesses Sternberg, daß im Berliner Polizeiwesen in der That mancherlei wunde Punkte vorhanden sind, was sich ja schon bei früheren bekanteten Fällen gezeigt hat; es wäre also dann wirklich an der Zeit, daß der Minister v. Rheinbaben die von ihm bei seinem Amtsantritte angekündigten bezüglichen Reformmaßnahmen endlich energisch durchführte.

Politische Rundschau.

Unser Kaiser, der Tags vorher der Vereidigung der Rekruten in Berlin beizuwohnte, war am Donnerstag auch bei der Rekrutenvereidigung in Potsdam zugegen. Beide Male hielt der Kaiser Ansprachen, die Rekruten zum Festhalten an ihrem Eid ermahnen, wie die Brüder in China. Der Kronprinz war bei seiner Kompagnie eingetreten. Nach der Vereidigung nahm Sr. Majestät militärische Meldungen entgegen und frühstüdete sodann im Regimentskitchen des ersten Gardeeregiments zu Fuß.

Dem Bundesrath ist das Etat für das Schutzgebiet von Samoa zugegangen, der mit 266 000 Mark balancirt. Der Reichszuschuß beträgt 146 000 Mark. Der Etat für die Carolinen- u. Inseln balancirt mit 211 000 Mark bei einem Reichszuschuß von 280 500 Mark. Endlich ist dem Bundesrath auch der Etat für die Verwaltung der Eisenbahnen zugegangen. Die Einnahmen betragen 93 676 000 Mark, die dauernden Ausgaben 65 515 400 die einmaligen 22 486 000 Mark.

Der Indemnitätsantrag der Regierung für die Chinaexpedition an den Reichstag erstreckt sich nach der „Münchener Allg. Ztg.“ auf 80 bis 100 Millionen Mark. Das ist weniger als man vielfach erwartet hätte, wenn natürlich 100 Millionen auch kein Butterbrot sind. Der Reichstag wird die nachträgliche Genehmigung für die Aufwendung der 100 Millionen zweifellos mit ziemlich großer Majorität erteilen. Er wird das um so eher können, als China nicht nur unsere Auslagen zu ersetzen, sondern noch darüber hinaus eine Kriegsentzähigung zu zahlen haben wird. Belommen wir das Geld auch nicht auf ein Brett ausgegahlt, so braucht man im Grunde doch keine Sorge darum zu haben, daß schließlich Alles auf Heller und Pfennig beglichen werden wird. Denn China ist ein reiches Land, und zahlt es nicht willig, so wird es der Gewalt sich fügen.

Zum Bestfall in Bremen meldet die Nordd. Allg. Ztg.: Der aus Anlaß des Bestfalls vom Reichsgesundheitsamt Bremen entsandte Regierungsrath Prof. Dr. Kossel ist nach Berlin zurückgekehrt. Die aufs Sorgfältigste angestellten Ermittlungen hinsichtlich der mit dem Kranken vor der Feststellung des Charakters seiner Krankheit in Berührung gekommenen Personen berechnen zu der Hoffnung, daß der Fall vereinzelt bleibt. Mit der Möglichkeit, daß derartige einzelne Fälle eingeschleppt werden, muß bei unseren heutigen Verkehrsverhältnissen auch fernerein gerechnet werden; es kommt Alles darauf an, sofort die ersten Fälle rechtzeitig zu entdecken und auch bei blohem Verdacht die erprobten Schutzmaßregeln durchzuführen. — Gerüchte von einem Bestfall in Hamburg sind vollkommen unbegründet. Der „Verdächtige“ leidet an einer ganz ungefährlichen Halsentzündung.

Eine Gesellschaft für die Zucht von Wollschafen und Angoraziegen in Deutsch-Westafrika ist in der Bildung begriffen. Die Einführung dieser Zucht wird für unser Schutzgebiet von dem größten Werth sein. Es bieten sich dort günstige Bedingungen für die Zucht der Schafe und Angoraziegen.

Unser Kanonenboot „Luchs“ liegt seit der Ankunft in China in der Sikanamündung, wo die Chinesen arge Seeräuberei treiben. Die Piraten haben mehrere sehr werthvolle und gewinnbringende Handtücher ausgeführt. Mitte Oktober wurde ein französisches Transportschiff angegriffen, zwei Mann der Besatzung erschossen und ein dritter über Bord geworfen. Die Räuber erbeuteten 32 000 Dollars. Kurz darauf überfielen die Seeräuber einen chinesischen Lastdampfer und verfolgten ihn mit Geschreue. Ende Oktober plünderten die Seeräuber 16 Kilometer unterhalb Kanton ein mit ungefähr 100 Passagieren besetztes Boot und entluden mit reicher Beute. Vor wenigen Tagen wurde das zwischen Hongkong und Kanton verkehrende Passagierboot „Perseverance“ Nachtis von Piraten angegriffen. Als Wachtschiff ist dem „Luchs“ das Dampfboot „Schamien“ beigegeben, dessen Besatzung aus Leuten des „Luchs“ besteht. Das kleine nachgehende Dampfboot ist im Stande, den Schuppen chinesischer Piraten in Gewässern zu folgen, die der „Luchs“ infolge seines größeren Tiefganges nicht befahren kann. Das Vorgehen unserer Flotte dürfte die Seeräuberei der Chinesen endlich unterdrücken.

In Paris haben jetzt, wo es zum Ausstellungsschluss geht, die Sitzungen der Deputirtenkammer von Neuen begonnen. Vor der Hand ist Alles noch leiblich ruhig, der offizielle Ausstellungsschluss kann doch nicht gerade während einer Ministerkrise erfolgen, aber dieser Zustand wird sich in einigen wenigen Wochen gründlich geändert haben. Die Heißsporne unter den Gegnern der Republik legen ordentlich nach einer parlamentarischen Kauferei, und auch die minder Heißigen vermehren, das Ministerium Waldeck-Rousseau sei nun eigentlich lange genug am Ruder gewesen. Für die Regierung am unbehaglichsten ist die Stimmung unter den militärischen Kreisen, in welchen man auch dem Präsidenten Loubet auf das Gehässige gegenübersteht. Bei seinem Besuche in Lyon zur Theilnahme an der Einweihung des Carnot-Denkmal ist ja Herr Loubet mit dem offiziellen Enthusiasmus empfangen worden, aber diese Thatsache schließt die andere nicht aus, daß noch kein Präsident der Republik so unpopulär war, wie Loubet.

Während in England die Zusammensetzung des Ministeriums noch weitere Kreise zieht, dauert in Süd-Afrika der Kleinkrieg zwischen Boeren und Briten un-